

13.01.2026 – 09:10 Uhr

## Westliche Bevölkerung befürwortet Unterstützung der Ukraine

München (ots) -

- Neue Studie der LMU und der Universität Konstanz zeigt eine breite Zustimmung der Bevölkerung in fünf Ländern für die Unterstützung der Ukraine.
- Potenziell hohe Opferzahlen und Risiko nuklearer Eskalation schränken Unterstützungsbereitschaft ein und fallen stärker ins Gewicht als wirtschaftliche Kosten.
- Für die Studie wurden über 10.000 Menschen in fünf Waffenexportstaaten der NATO befragt.

Die meisten Menschen in den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien befürworten die militärische Unterstützung der Ukraine klar. Doch ihre Zustimmung hat Grenzen: Vor allem hohe Opferzahlen für die Ukraine und die Gefahr einer nuklearen Eskalation mindern den öffentlichen Rückhalt, während ökonomische Belastungen von der Bevölkerung kaum berücksichtigt werden. Dies geht aus einem an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) angesiedelten Projekt hervor, bei dem Forscher der LMU und der Universität Konstanz erstmals Daten einer Befragung in den größten Waffenexportstaaten der NATO vergleichen und deren Ergebnis aktuell in der Fachzeitschrift *Nature Communications* erscheint. Die Befragung wurde zwischen Juni und August 2023 durchgeführt.

Für die Studie, durchgeführt von Junior-Professor Lukas Rudolph von der Universität Konstanz sowie Fabian Haggerty und Professor Paul W. Thurner vom Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU München, wurden mehr als 10.000 Personen befragt. "Wir haben untersucht, ob westliche Regierungen bei der Unterstützung der Ukraine auf einen stabilen Rückhalt in der Bevölkerung zählen können", erklärt Paul W. Thurner, Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Politikforschung und Policy Analysis der LMU. Zentral war dabei aber, wie Bürgerinnen und Bürger Abwägungen zwischen moralischen, strategischen und wirtschaftlichen Kosten der Ukraine-Unterstützung treffen.

### Neues Studiendesign ermöglicht kausale Schlüsse wie im Labor

Grundlage der von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderten Untersuchung waren zwei Befragungsexperimente. Im ersten wurden die Teilnehmenden gebeten, Kriegsszenarien und deren mögliche Folgen zu bewerten - etwa militärische Verluste, territoriale Zugeständnisse oder das Risiko einer nuklearen Eskalation. Im zweiten Experiment ging es um die konkreten Folgen politischer Maßnahmen: Die Befragten sollten etwa die Lieferung von Panzern, Kampfflugzeugen oder Luftabwehrsystemen beurteilen und angeben, welche Konsequenzen sie durch die jeweilige Form der Unterstützung erwarten - zum Beispiel mehr menschliches Leid und materielle Zerstörung in der Ukraine oder ein schnelleres Ende des Krieges.

"Diese Form von Survey-Experiment erlaubt es, kausale Schlüsse wie im Labor zu ziehen", sagt Thurner. "Anders als bei herkömmlichen Umfragen stellen wir nicht nur die einfache Frage nach Zustimmung oder Ablehnung, sondern simulieren genau jene komplexen Dilemma-Situationen, vor denen auch politische Entscheidungsträger stehen oder die wir tagtäglich in Talkshows diskutieren." So lässt sich präzise messen, wie Menschen konkrete politische Optionen im Hinblick auf abstrakte Kriegsverläufe gewichten - und was ihre Entscheidungen dabei am stärksten beeinflusst.

"Die Ergebnisse zeigen, dass zwar die Mehrheit klar die Unterstützung der Ukraine bejaht", so Rudolph. "Zugleich aber begrenzen mögliches menschliches Leid - vor allem hohe zivile Opferzahlen auf ukrainischer Seite - die Zustimmung zu bestimmten Militärstrategien." Auch das Risiko einer nuklearen Eskalation wiege schwer. Finanzielle Belastungen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, spielen dagegen eine "erstaunlich" geringe Rolle, so Rudolph.

### Ähnliche Muster in allen fünf Ländern

Während die Befragten in den fünf westlichen Ländern bei humanitären Kosten, ökonomischen Belastungen und Eskalationsrisiken nahezu identische Muster zeigen, variieren die Grenzen der Zustimmung in anderen Punkten deutlich: Befragte in Großbritannien, Deutschland und den USA pochen besonders klar auf die vollständige Souveränität der Ukraine, während solche in Frankreich und Italien Einschränkungen der ukrainischen Souveränität

weniger entschieden ablehnen. Auch was mögliche territoriale Zugeständnisse anbelangt, sind insbesondere italienische Bürgerinnen und Bürger weniger kritisch eingestellt und unterscheiden sich damit von den Bevölkerungen in den anderen vier untersuchten Ländern.

"Die Studie zeigt zudem eine starke Polarisierung", erklärt Fabian Haggerty. "Je nach politischer bzw. weltanschaulicher Einstellung liegen die Meinungen zur Ukraine-Unterstützung weit auseinander." Diese Polarisierung verläuft jedoch nicht entlang klassischer Links-Rechts-Linien, sondern entlang der Grundhaltungen zum Westen: So hält etwa ein Viertel der Befragten mit stark prowestlicher Einstellung selbst bei großen Risiken und Kosten an der Unterstützung fest, während ein ähnlich großer Anteil an antiwestlich (prorussisch) eingestellten Befragten dies skeptisch sieht.

### **Geteilte Meinung zu Panzern und Kampfflugzeugen**

Besonders deutlich wird dieser Unterschied im Hinblick auf konkrete Waffenhilfe. Zwar wird die Lieferung von Luftabwehrsystemen an die Ukraine in allen Gruppen begrüßt, die grundsätzlich deren Unterstützung befürworten; die Meinungen zu Panzern und Kampfflugzeugen gehen aber weit auseinander. So verbindet die prowestliche Gruppe damit etwa eine Verkürzung der Kriegsdauer, die antiwestliche jedoch Risiken. Westliche Bodentruppen zu entsenden, lehnen hingegen fast alle Befragten ab.

"Unsere Untersuchung belegt erstmals systematisch, wie westliche Bevölkerungen komplexe Entscheidungen und mögliche Folgen in einem hochpolitisierten Krieg abwägen", erklärt Thurner. "Der deutliche öffentliche Rückhalt für die Ukraine-Unterstützung einerseits sowie die erkennbare Polarisierung und rote Linien der Unterstützung innerhalb der westlichen Gesellschaft andererseits zeigen, dass Regierungen humanitäre Risiken und Eskalationsgefahren sorgfältig abwägen müssen. Nur so können sie die langfristige Unterstützung der Wählerinnen und Wähler aufrechterhalten."

### **Kontakt**

Prof. Dr. Paul W. Thurner

[Lehrstuhl für Empirische Politikforschung und Policy Analysis](#)

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU

Tel.: +49 (0)89 / 2180-9081

E-Mail: [paul.thurner@gsi.uni-muenchen.de](mailto:paul.thurner@gsi.uni-muenchen.de)

<https://www.gsi.uni-muenchen.de/personen/professoren/thurner/index.html>

### **Publikation:**

L. Rudolph, F. Haggerty, P. W. Thurner: Examining public support for Ukraine's defense against autocratic aggression. Nature Communications 2025.

Doi: <https://doi.org/10.1038/s41467-025-67913-z>

### **Förderung**

Die Studie wurde unterstützt von der Deutschen Stiftung Friedensforschung und entstand im Kontext des an der LMU angesiedelten Projekts "A Conjoint Experiment on the Comparative Legitimacy of Arms Exports in Germany, France, Italy, the US and the UK" / "Die gesellschaftliche Akzeptanz von Waffenexporten in den wichtigsten exportierenden EU- und NATO-Ländern: Ein Conjoint-Experiment." Projektnummer FP 07/22FB1-PRO-07. Principal Investigators: Lukas Rudolph & Paul W. Thurner.

### **Pressekontakt:**

Anja-Maria Meister  
Pressesprecherin des Präsidenten  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
Leopoldstr. 3  
80802 München

Phone: +49 (0) 89 2180-2508

E-Mail: [anja.meister@lmu.de](mailto:anja.meister@lmu.de)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100057148/100937733> abgerufen werden.